

Mittwoch,
27. Mai 1914.

Das Posener Tageblatt
erscheint
an allen Werktagen
zweimal.
Der Bezugspreis beträgt
vierteljährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
Deutschen Reiches 3,50 M.

Fernspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Mittag-Ausgabe.

Mr. 244.
53. Jahrgang.

Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel.

Anzeigenpreis
für eine kleine Zeile im
Anzeigenteil 25 Pf.,
Reklameteil 80 Pf.,
Stellungssache 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstellen
Tiergartenstr. 6
St. Martinstr. 62
und alle
Annonsenbüros.
Telegr.: Tageblatt Posen.

Rücksendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbetet; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenannte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigelegt ist.

Die Verlobung des Prinzen Oskar.

Die Familie der Braut.

Die Verlobte des Prinzen Oskar von Preußen, Gräfin Ina Marie Helene Adele Elise von Bassewitz ist die zweite Tochter des dritten Grafen von Bassewitz-Lebeck, Fideikommissherrn auf Kläden mit Dameritz, Kreis Stendal, Herr auf Bristow, Glasow, Grube und Tessenow (Mecklenburg-Schwerin). Großherzoglich Mecklenburgischer Kammerherr, ehemaliger Staatsminister und Präsident des Staatsministeriums, Königlich preußischer Rittmeister d. R. a. D. und der Gräfin Margaretha von der Schulenburg aus dem Hause Groß-Krankow. Sie ist am 26. Januar 1888 in Bristow in Mecklenburg-Schwerin geboren. Sie stammt aus dem Zweige Bassewitz-Lebeck (den Zunamen erhielt ihr Großvater Karl August Louis 1861 für den jeweiligen Fideikommisbesitzer). Nach dem Tod ihres Onkels Bernhard, ging im Jahre 1899 das Fideikommis an ihren Vater, den Grafen Karl Heinrich Ludwig über, der seit dem

Braut war, wie gemeldet, die bisherige Ehrendame seiner kaiserlichen Mutter: Gräfin v. Bassewitz.

Selbstverständlich kann die Ehe nach dem Hausrat des preußischen Königshauses nur als eine solche „zur linken Hand“, als eine sogenannte morganatische Ehe abgeschlossen werden, denn die Grafen von Bassewitz sind zwar ein sehr altes und vornehmes Geschlecht des mecklenburgischen Uradels und Reichsgrafen schon seit 1726, gehören aber doch dem niederen Adel an, sind also den regierenden Häusern Deutschlands nicht ebenbürtig. Insbesondere hat außerdem das Königshaus der Hohenzollern von altersher an einem besonders strengen Ebenbürtigkeitsrechte festgehalten, das auf eine Kundgebung König Friedrichs des Großen an Kaiser Karl VII. zurückgeht, der Kaiser soll den Reichshofrat und die Reichshofkanzlei ein für allemal dahin befehlen, daß „alle diejenigen fürstlichen Heiraten schlechterdings für ungleich zu achten seien, welche mit Personen unterhalb des



Prinz Oskar und seine Braut Gräfin Ina von Bassewitz.

Jahre 1885 mit Margarete Gräfin v. d. Schulenburg aus dem Hause Groß-Krankow verheiratet ist. Gräfin Ina besitzt eine Schwester Alexandrine, die mit dem Frhrn. v. Stenglin, Oberleutnant im 1. Mecklenburgischen Dragonerregiment Nr. 18, verlobt ist, und vier Brüder, deren ältester Graf Karl, preußischer Regierungsreferendar ist, der nächste Bruder Alfred, steht als Leutnant bei den Pasewalder Kürassieren, die beiden jüngsten Brüder Werner und Bernhard, besuchen noch die Schule. Die Bassewitz sind mecklenburgischer Uradel, der mit Bernhardus de Bassewitz 1254 zuerst urkundlich erscheint; sie wurden am 9. Juni 1723 durch Kaiserliche Hofordnung in Wien Reichsgrafen und 1745 in Mecklenburg als solche anerkannt. Die Familie besitzt die Senioratsgüter Wohrenstorff, Weitendorf, Vietow und Horst.

Prinz Oskar

steht bekanntlich zurzeit als Hauptmann und Kompaniechef im 1. Garde-Regiment zu Fuß in Potsdam; die

alten reichsgräflichen Sitz und Stimme auf den Reichstagen (des heiligen römischen Reiches deutscher Nation) habenden Standes geschlossen werden, und daß die aus solcherlei Ehen zu erzeugenden Kinder weder zu fürstlichen Würden, Titeln und Wappen ihres Vaters, noch zur Nachfolge in dessen Reichslande niemals fähig sein, noch dozugenlassen werden sollen.“ Abgesehen hieron kann jedes Mitglied des preußischen Königshauses eine gültige Ehe, auch eine morganatische, nur nach Erteilung der Genehmigung zur Geschlebung durch den König von Preußen, als das Oberhaupt des Hauses, eingehen. Endlich bedarf der Bräutigam im vorliegenden Falle als preußischer Offizier auch noch des königlichen Eheschwangers. Die beiden Allerböcken Genehmigungen sind erteilt worden. Welchen Namen, Rang und Titel die Braut bei ihrer Vermählung erhalten wird, bleibt abzuwarten.

Bei einem Sturm auf der Wolga gingen nach einer Meldung aus Samara acht mit Holz und Kalf beladene Fähne unter. In einem am Ufer liegenden Dorf wurden 42 Häuser zerstört; zehn wurden von den Fluten mitgerissen. Es sind Opfer an Menschenleben zu beklagen. Bei Nowojoje im Gouvernement Samara sind infolge des Sturmes viele große und kleine Schiffe gesunken; auch dort sind Menschen ums Leben gekommen.

Die Ermordung des Fürsten Lübecki

Der Prozeß gegen den Gütsbesitzer Freiherr v. Bispig, der vor dem Warthaue Schwurgericht unter der Anklage steht, seinen Verwandten, den Fürsten Drucki-Lübecki nach einem erfolglos gebliebenen Giftmordversuch erschossen zu haben, um vor ihm auf den Namen des Fürsten gefälschte Wechsel von nahezu einer halben Million Rubel für sich verwerten zu können, wird in der Warschauer Gesellschaft mit großer Spannung verfolgt. Gegen 150 Zeugen sind geladen, und so besteht keine Aussicht, den Prozeß vor Monatsfrist zu beenden. Der Angeklagte tritt sehr sicher auf und erklärt immer wieder, daß er unbeschuldigt sei. Auch eine Reihe von Zeugen tritt für ihn ein. So sagte die Witwe des Ermordeten, die Fürstin Drucki-Lübecki aus, sie habe keine Erklärung der Beziehungen zwischen dem Fürsten und dem Angeklagten Bispig wahrgenommen. Die zweifelhafte Unterschrift

auf den Wechseln erklärte sie damit, daß der Fürst an Gelenkrheumatismus der rechten Hand gelitten habe. Wozu er die Wechsel ausgestellt haben soll, sei allerdings nicht zu erklären, denn das Einkommen des Fürsten belief sich auf 305 000 Rubel jährlich, und er habe es daher nicht notwendig gehabt, sich von Bispig Geld zu leihen. Die Gattin des Angeklagten wider behauptet, daß sie selbst gelesen habe, wie der Fürst die Wechsel auf seinen Knien unterschrieb. Der Schwager Bispings schilderte die finanziellen Verhältnisse des Angeklagten als glänzend und der Priester Krotoff erklärte, er sei von der Unschuld Bispings überzeugt. Hingegen bezeichnete der Bruder des Ermordeten den Frhr. Bispig als sehr eigennützig. Die Gesellschafterin der Tochter des Fürsten erzählte, daß der Fürst, als seine Tochter nach dem ersten Attentat einen Verdacht gegen Bispig aussprach, der Fürst in großer Aufregung geraten sei und seiner Tochter verbieten habe, darüber zu sprechen. Auf diese die Aussage des Waldbüters Zybalski hervor. Er gab an, er habe mehrere Stunden vor der Mordtat gesehen, daß Bispig den Revolver lud. Er habe bisher aus Durch vor der Rache der interessierenden Personen geschwiegeln.

In der Verhandlung am Montag erhob sich plötzlich die im Saale anwesende Gemahlin des Angeklagten und erklärte, sie habe eben einen Brief aus Petersburg empfangen, der über die Person des Mörders des Fürsten Drucki-Lübecki Aufklärung gibt. Eine gewisse Cäcilie Suchcka schreibe ihr, der sozialistische Agitator Roman Strzelnicki, der gegenwärtig in Amerika weile, habe ihr gegenüber das Be-

kenntnis abgelegt, daß er den Fürsten in Terezin erschossen habe. Er sei nach Terezin gekommen, um einen Streit auf den Gütern des Fürsten hervorzurufen. Er sei dem Fürsten im Schlosspark begegnet und der Fürst, der ihn gekannt, habe ihn aus seinen Gütern verwiesen. Es sei zu einem bestigen Wortwechsel zwischen ihnen gekommen, in dessen Verlauf er den Fürsten erschossen habe. Strzelnicki habe die Brieffördererin ermächtigt, von ihrer Kenntnis Gebrauch zu machen, falls der Prozeß eine ungünstige Wendung für den Baron Bispig nehmen sollte. Das Gericht hat eine Vernehmung der Zeugin in Petersburg angeordnet.

Die Vorgänge in Albanien.

In der österreichischen Delegation.

Bei Beginn der gestrigen Sitzung der österreichischen Delegation erteilte Sekretär Graf Torgach im Namen des Ministers des Äußern, Grafen Berchtold, der zu der nämlichen Zeit der ungarischen Delegation bewohnte, Ausklärungen über die Vorgänge in Albanien. Er führte aus:

Bei Tirana brach eine Revolte aus, deren Ursachen anscheinend in religiösen und wirtschaftlichen Fragen zu suchen waren. Ancheinend wirkten dabei auswärtige Balkaneinflüsse mit. Zwischenruf des slowenischen Delegierten Korosec: Und der italienische Konsul? Graf Torgach erwiderte: Sicherlich nicht! Die Meldungen der Blätter über den Anfang und die Intensität des Bauernaufstandes scheinen übertrieben zu sein. Insbesondere bestätigte sich bisher nicht die Nachricht von der Niedermeilung des Bey. Gleichzeitig mit dem Ausbruch der Revolte verschärfte sich der schon lange bestehende Konflikt zwischen Essad Pascha und seinen Gegnern in der Hauptstadt, welche Essad des Einverständnisses mit den aufständischen Bauern beschuldigten. Das Zusammentreffen dieser Partei gegenstände mit der Bauernbewegung erklärt die aufgezeigte Stimmung. Die Aufregung beginnt allerdings bereits in Durazzo sich zu legen und wird hoffentlich auch anderwärts bald lüfter überlegen weichen.

San Giuliano über die Vorgänge.

Der italienische Minister des Auswärtigen Marquis di San Giuliano ließ sich am gestrigen Dienstag in einer längeren Rede näher über die politische Lage Europas aus, wobei er auch auf die albanischen Vorgänge zu sprechen kam.

Er erklärte, die gegenwärtige Lage in Albanien fordere von Seiten der Regierung die aufmerksamste Sorge, weil damit ernste Interessen Italiens verbunden seien, welche niemals und in keinem Falle zu geben könne, daß das Gleichgewicht in der Adriatic zu seinem Schaden verändert werde. Der Minister fügte hinzu, er werde die allgemeinen Richtlinien und die hauptsächlichsten Grundsätze in dem Verhalten, das Italien zu beobachten gedente, andeuten, wobei er sich in den Einzelheiten einige Reserve aufserlegen müsse. Andere Länder haben in der ersten Zeit ihrer Unabhängigkeit nicht geringere Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, als Albanien. Man muß hoffen, daß sie auch in Albanien zu einem guten Ende kommen. Die augenblicklichen Schwierigkeiten müssen mit heiterer Ruhe und mit tapferer und vorstelliger Energie ins Auge gefaßt und ihre wahre Natur und Tragweite ohne Übertriebung oder Abschwächung betrachtet werden. Die internationale Besetzung von Skutari und die umstänige Handlungsweise des englischen Obersten Philips vermögen schwere Verwicklungen im nördlichen Albanien zu verhindern. Ein gutes Stück Weges zur Lösung der Schwierigkeiten in Südalbanien ist auch schon zurückgelegt. Aber seit etwa vierzehn Tagen entstanden und verstärkt sich Gerüchte von einer Unzufriedenheit in Mittelalbanien, wo dann ein Aufstand ausbrach, der teilweise einen sozialen und agrarisch-demokratischen Charakter, teilweise denjenigen einer muslimischen Erhebung gegen die befürchtete Herrschaft der christlichen Minoritäten zeigte, zum Teil aus der herkömmlichen Abneigung der Albaner gegen Zahlung von Steuern, gegen obligatorischen militärischen Dienst und gegen die Gesamtheit der Anforderungen eines modernen westeuropäischen Staatswesens herrührte, die in der Wahl eines europäischen Fürsten ihren Ausdruck fanden, obgleich auch der Wunsch der Muslimen in dieser Richtung gegangen war. Da der Aufstand Durazzo bedrohte, so waren sofort Verteidigungsmaßregeln erforderlich, die jedoch durch lebhafte Meinungsverschiedenheiten zwischen den holländischen Gendarmerieoffizieren und dem Kriegsminister Essad Pascha beeinträchtigt wurden.

Bisher ist kein Beweis für den von verschiedenen Seiten gehaltenen Verdacht erbracht worden, daß der Kriegsminister hintergedenkt hatte.

Aber die Tatsache, daß der Fürst und die holländischen Offiziere diesen Verdacht hegten, machte die Verteidigung Durazzos gegen eine Gefahr für die Hauptstadt, den Fürsten und die Regierung Albaniens, eine Gefahr, welche die einen für sehr groß und unmittelbar bevorstehend, die anderen für weniger schwer hielten, schwieriger und weniger wirksam.

Darauf gab der Minister eine

genaue Darstellung der Vorgänge, deren Hauptpunkte folgende sind: Am 17. Mai erreichten die Meinungsverschiedenheiten zwischen Essad Pascha und dem holländischen Major Schleuß ihren Höhepunkt. Am 18. Mai dauernten sie fort; ein Abhiedsgesuch Essads wurde abgelehnt, Schleuß aber blieb Stadtkommandant. Da die Nachrichten aus dem Innern immer bedenklicher lauteten, wurde das italienische Geschwader auf Wunsch des Fürsten von Valona zurückberufen und traf in Durazzo ein. Die holländischen Offiziere trafen Anstalten zur Verteidigung der Stadt. In der Nacht zum 19. Mai um 2½ Uhr wurden zwei schwere Geschütze, die fürstlich mit unserer Zustimmung aus Österreich-Ungarn geliefert worden waren, während wir Gewebe lieferten, aus der Umgebung der Stadt unter Befehl des Majors Schleuß in die Nähe des fürstlichen Palastes gebracht; dies war die Folge eines Verdachtes gegen Essad, der in seinem Hause und in der Nachbarschaft seines Hauses etwa hundert Bewaffnete verborgen hielt, von denen Major Schleuß eine Gefährdung des fürstlichen Palastes und der Stadt befürchte, während die Aufständischen von außen herannahmen. Um 2½ Uhr erhielten Gruppen von bewaffneten Nationalisten Befehl,

Die Dänenfrage im Herrenhause.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

10. Sitzung vom Dienstag, 26. Mai.

(Ausführlicher Bericht und Schluss; Anfang siehe Mittwoch-Morgenausgabe.)

Ministerpräsident Dr. von Bethmann Hollweg:

Die Interpellation — ich werde meine Ausführungen im wesentlichen auf eine Beantwortung der bestimmten an mich gerichteten Anfragen beschränken — geht von der Voraussetzung aus, daß entgegen der im Optantenkindervertrag von 1907 übernommenen Verpflichtung der Nationalitätenkampf in Nordschleswig von Dänemark aus geschürt worden sei, und daß die von der preußischen Staatsregierung dagegen im Inlande ergriffenen Maßnahmen zu einem großen Teil wirkungslos geblieben sind. An der Hand eines umfangreichen Materials haben die Vorredner auf zahlreiche Fälle hingewiesen, in denen diesseits und jenseits der Grenze von Dänen und Dänenfreunden antideutsche Propaganda getrieben worden ist. Meine Herren, es ist unverkennbar — und ich muß es hier unumwunden zugeben, daß die Verhältnisse in der Nordmark, wie das bereits vor einigen Monaten im Abgeordnetenhaus von dem damaligen Herrn Minister des Innern zum Ausdruck gebracht worden ist, zum Teil infolge einer

mäßigen Agitation gegen das Deutschtum zurzeit unbefriedigend sind. Aber mit der gleichen Bestimmtheit muß ich erklären, daß die Königliche Staatsregierung mit allen Mitteln bestrebt ist, dieser Agitation entgegenzutreten und das Deutschtum nach Kräften zu fördern. Insbesondere hat die Staatsregierung die Verstärkung der nationalen Gegenseite durch die südjütische Bewegung in Dänemark und durch die Beteiligung offizieller dänischer Persönlichkeiten an dieser Bewegung mit aller Aufmerksamkeit verfolgt; sie hat alle zu ihrer Kenntnis gelangten Fälle bei der Königlich dänischen Regierung mit allem Nachdruck zur Sprache gebracht. Die dänische Regierung ihrerseits hat, wie dies im Verkehr gleichberechtigter Nationen selbstverständlich ist, in jedem Falle dafür gesorgt, daß Remedium eingetreten ist. In der gleichen Weise wird auch weiterhin vorgehen werden. Auch bezüglich des Materials, das mir der Herr Graf Rantzau zur Verfügung gestellt hat und, wie er gesagt hat, mir noch zur Verfügung stellen wird, und ich hoffe, daß der Herr Graf Rantzau gegenüber dieser meiner ausdrücklichen Erklärung seine Zweifel über die Richtung unserer auswärtigen Politik, die er, wie er selbst sagte, zum Teil auf Vermutungen stützt, fallen lassen wird, wobei ich ihm auf das

Gebiet der Ostmarkenpolitik.

auf das er einen Seitenblick werfen zu müssen glaubte, nicht folge. Ich zweifle nicht daran, daß die Königlich dänische Regierung auch in Zukunft nach Kräften bestrebt sein wird, Beleidigungen, die ich gezwungen sein sollte, bei ihr anzubringen, abzuholzen. Der Königlich dänische Minister des Auswärtigen hat in der Sitzung des Landstings vom 23. Oktober vorigen Jahres unter Verufung auf eine Erklärung des Herrn Konterpräsidenten ausdrücklich betont, daß für Dänemark und Deutschland als Nachbarstaaten freundliche Beziehungen notwendig sind, und daß er hoffte, daß sich diese Beziehungen stets bessern mögen. Diesen Wunsch teile ich, aber an seiner verantwortlichen Stelle besteht ein Zweifel darüber, daß

jede Bestärkung chauvinistischer Regungen

die freundshaflichen Beziehungen der beiden benachbarten Länder stört, und daß die Duldung derartiger Auschreitungen schließlich nicht nur von lokaler Bedeutung bleibt, sondern auf die internationale Beziehungen ihre Wirkungen ausüben müßte. Die Regierungen der beiden Länder sind sich ihrer Verantwortung voll bewußt, und ich bitte das Hohe Haus, sich überzeugt halten zu wollen, daß die

Respektierung des Optantenkindervertrages

voll gewährleistet werden wird und daß die Regierung von dem ihr in diesem Vertrage gegebenen Rechte denjenigen Gebrauch machen wird, den ihr die Wahrung des eigenen nationalen Interesses vorschreibt. Wir stehen wegen der Regelung der Staatsoberfrage mit der dänischen Regierung in Verhandlungen. Dabei wird von uns unbedingt an dem Standpunkt festgehalten werden, daß wir irgend welche Verpflichtungen, die Staatsoberen ganz oder teilweise in den preußischen Untertanenverband aufzunehmen, unter keinen Umständen übernehmen wollen. (Bravo!)

Auf die ausführlich behandelten Details der innerpolitischen Verhältnisse werde ich gegenwärtig im einzelnen nicht eingehen, nicht weil ich ihre Bedeutung in irgend einer Weise verlese — im Gegenteil, die uns mitgeteilten Tatsachen werden die einzelnen beteiligten Kreise ernsthaft zu beschäftigen haben —, sondern weil es mir darauf ankommt, namentlich auch gegenüber der Stimmliste, die auf der Flensburger Versammlung dagegen getreten ist, die

Grundlinien unserer Nordmarkpolitik festzuhalten.

Diese Politik ist, wie das in jener Verhandlung des Abgeordnetenhauses vom 14. Februar d. J. vom Regierungsräte aus dargelegt wurde, in erster Linie darauf gerichtet, die Provinz wirtschaftlich und kulturell zu fördern. Der Herr Graf Rantzau hat die Güte gehabt, die Worte, welche in dieser Beziehung der damalige Minister des Innern Herr von Dallwitz im Abgeordnetenhaus gesprochen hat, wörtlich zu verlesen und dabei darauf hinzuweisen, daß es sich für die Königliche Staatsregierung um die Durchführung eines allgemeinen, alle Gebiete des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens umfassenden Programms handelt. Ich halte es nicht für richtig, die Bedeutung der hierbei ergriffenen Maßnahmen zu unterschätzen, weil sich der Erfolg in Folge der nationalen Gegenseite nicht so schnell einstellt, wie wir selbst es wünschen; jedenfalls aber werden wir geschlossen an der Ausführung dieses Programms festhalten und es, wo es not tut, und soweit möglich unter Bewertung der heute gegebenen Anregungen weiter ausbauen. In seiner Beziehung auf die Nordmark ist das dem Abgeordnetenhaus vorliegende Grundteilungsgesetz ein Schritt auf dem eingeschlagenen Wege. (Sehr richtig!) Als fernereres Zeugnis für die Richtlinien unserer Politik möchte ich hier mitteilen, daß sich die Königliche Staatsregierung entschlossen hat, den durchgehenden Zugverkehr von Flensburg nach dem Norden einem alten Wunsche der Provinz entsprechend über die Städte Apenrade und Hadersleben zu leiten (Beifall), um diese beiden Städte, die bedeutungsvolle Stützpunkte des Deutschums sind, enger und besser mit dem Mutterlande zu verbinden. (Lebhafte Beifall.) Selbstverständlich kann das wirtschaftliche und kulturelle Programm, dessen Durchführung sich die Staatsregierung zur Aufgabe gestellt hat, nur wirksam sein, wenn es gleichzeitig verbunden ist mit einer ruhigen aber energischen Abwehr aller, wie auch immer gearbeiteten, gegen das Deutschtum gerichteten Agitation in der Nordmark. (Sehr richtig!) Und diese Abwehr — und auch hierin bitte ich die Zuverlässigkeit der Herren Vorredner mitzufolgen zu wollen — diese Abwehr muß und wird geleistet werden. (Lebhafte Beifall.) Ich hoffe bestimmt, daß es der Bevölkerung der unternahmbar mit Preußen verbündeten Nordmark im Vertrauen hier und unter dem Beifall der Regierung gelingen wird, der Schwierigkeiten Herr zu werden, mit denen sie gegenwärtig einen ernsten Kampf zu kämpfen hat, aber einen Kampf, der niemals in Mitleidenschaft — ich habe dieses Wort aus den Reden der Herren Vorredner gehört — zum Siege führen kann, sondern nur mit dem festen Mut und der festen Überzeugung, daß — mögen Sie auch träumen von der

Biederveeinigung Südjütländs mit Dänemark — dies ein Traum ist.

der nie Wirklichkeit wird. Ich möchte die Übersicht meinerseits aussprechen, daß eine Politik, welche auf diese Ziele gerichtet ist, allezeit Zustimmung dieses hohen Hauses finden wird. (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag des Freiherrn von Richthofen fand Besprechung der Interpellation statt.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein:

Die dänische Sprache, die bisher zum Teil gar nicht in Nordschleswig verstanden wurde, wird jetzt mehr und mehr dort eingebürgert durch die Einrichtung von dänischen Volksschulen und durch deren Besuch durch Deutsche. Die meisten Deutschen, die dort hingehen — es ist berechnet worden, daß in den letzten sechs bis sieben Jahren ungefähr dreißigtausend Deutsche die dänischen Volksschulen besucht haben —, kehren fast alle als dänische Agitatoren zurück; sie sind diejenigen, die die Agitation dauernd hochhalten und die Bevölkerung, die von Haus aus ruhig und arbeitsam ist, niemals zur Ruhe kommen lassen. Anzustreben ist ein billiger Kredit, wie ihn die dänischen Banken gewähren. Ebenso sind die Haushaltungsschulen und die Volksschulen in Nordschleswig zu unterstützen. Tausende dänischer Untertanen befinden sich unangefochten im Lande. Ungefähr der zwölftausend Mensch im Kreise Hadersleben ist dänischer Untertan. Das sind gerade diejenigen Elemente, die die ganze antideutsche Bewegung stärken.

Damit schloß die Besprechung.

Das Haus ging über zum Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsets für das Etatjahr 1914.

Generalberichterstatter Graf v. Keyserlingk-Neustadt empfahl die von der Kommission einstimmig beschlossene Resolution: „Die Regierung aufzufordern, Maßnahmen zu treffen, durch welche es ermöglicht wird, daß das Etatgesetz dem Herrenhause spätestens am 15. März jedes Jahres zugestellt wird.“

Finanzminister Dr. Lenz:

Ich möchte, obgleich ich den Unmut des Hauses verstehen kann, herzlich bitten, trotz der verächtlichen Einbringung der Regierung nach wie vor zu helfen, daß der Staat möglichst bald zur Verabschiedung gelangt. Bei der Aufstellung des Staats waren wir selbstredend von der Konjunktur, 1913 war die Konjunktur nicht so gut; bei der Etatzaufstellung war der Rückgang schon deutlich zu bemerken. Der Rückgang hat sich auf allen Gebieten vollzogen, aber so schwere Schädigungen wie in früheren Jahrzehnten sind diesmal nicht zu vermerken gewesen. Es ist selbstverständlich, daß beim Rückgang der Konjunktur der Staat vorsichtig aufgestellt werden muß; aber diese Voricht ist nicht über das nötige Maß hinausgegangen. Die Regierung ist sich der Pflicht bewußt, auf den Rückgang der Konjunktur mildern einzutwirken. Wir haben so außerordentlich große Aufgaben für Bauten, Anschaffungen und Bestellungen — ich erinnere nur an das Extraordinarium jedes einzelnen Staats, vor allen Dingen der Eisenbahnenverwaltung — daß wir Handel und Wandel beleben und auf das gewerbliche Leben einwirken können. Das hat sich 1913 schon gelohnt. Es hätte eine Reihe von Arbeitern entlassen werden müssen, was aber nicht zu geschehen brauchte. Die Besoldungsvorlage, welche dem Abgeordnetenhaus zur Bewertung vorliegt, sieht für Preußen eine Mehrausgabe von über neun Millionen Mark vor. Dieser Betrag betrifft nur die Besoldungen für festangestellte Beamte; aber auch die Diäten der noch nicht festangestellten Beamten richten sich nach der Höhe der Besoldung und müssen erhöht werden, desgleichen hängen die Pensionen und Rentenbezüge von dem Gehalt ab und müssen steigen. Es werden also noch mindestens 4 Millionen Mark hinzukommen. Außerdem ist neben der Besoldung in dem Etat des Eisenbahnenministers eine Aktion vorgenommen worden zu Gunsten des Fahrpersonals; die Bezüge dieses Personals müssen geändert werden, weil sie den Verdienstnissen nicht mehr entsprechen. Dadurch sind wieder über 3 Millionen Mark notwendig geworden. Es sind also bedeutende Ausgaben mehr gegen das Vorjahr. Bei den Einnahmen haben wir an sich eine nette Einnahme aus unseren Posten, wir haben auch noch andere Einnahmeesteigerungen zu verzeichnen aus unseren direkten Steuern und auch bei der Bergverwaltung und die Betriebsüberschüsse der Bergverwaltung sind für die Balancierung des Staats von Vorteil gewesen. Auf der anderen Seite haben wir auch Mindereinnahmen zu verzeichnen; z. B. sind die indirekten Steuern im Rückgang begriffen. Das hängt offenbar mit dem Rückgang des Baumarktes in den großen Städten zusammen. Die indirekten Steuern geben immer mehr zurück; auch haben wir in Zukunft damit zu rechnen, daß unsere Einnahmen durch die neue Reichsgesetzgebung wieder heruntergehen. In Preußen wird nicht beachtet, die Wertzuschüsse als Landessteuer einzuführen, sondern nur noch als Kommunalsteuer, während sie in Bayern und Sachsen in Zukunft als Landessteuer erhoben werden soll. Die Steuerzuschläge sind nicht neu zu bewilligen, sondern sie stehen überhaupt gelegentlich fest und sind als dauernde Fixierung eingeführt. Trotzdem hat die Regierung sorgfältig geprüft, ob die Möglichkeit vorliege, die Steuerzuschläge aufzuheben. Diese Prüfung hat jedoch ergeben, daß nicht daran zu denken ist, weder in diesem Jahre noch in absehbarer Zeit (Hört! Hört!) Das zwischen dem Landtag und der Regierung geschlossene Abkommen wegen der Ausgleichsfonds hat in den ersten Jahren außerordentlich gute Erfolge gehabt. Schon im ersten Jahre nach seinem Inkrafttreten sind 72 Millionen in den Ausgleichsfonds hineingekommen. Das hat sich dann so vorgetragen. Im nachstehenden Jahre kamen 137 Millionen hinzu. Andererseits hat sich aber in den bisherigen 4 Jahren die Notwendigkeit gezeigt, daß ein gewisser Betrag aus dem Ausgleichsfonds entnommen werden mußte. Schon 1912 mußten zur Beisetzung der Verluste in den Westen 60 Millionen entnommen werden und jetzt ist das Bedürfnis hervorgetreten, ihn für das Extraordinarium außerordentlich in Anspruch zu nehmen.

Ein Antrag des Fürsten Hatzfeld, die Sitzung nunmehr im Interesse der einheitlichen Gestaltung der Diskussion zu verlängern, wurde angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 12 Uhr: Fortsetzung der Etatberatung.

Schluss 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung vom Dienstag, 26. Mai.

(Schluß; Anfang s. Mittwoch-Morgenausgabe.)

Die Besoldungsordnung.

Abg. Dr. Gottschalk-Solingen (natl.):

Die Wünsche auf Gleichstellung in Besoldungssachen scheinen bei der Abschaffung dieser Vorlage nicht allzu stark gewesen zu sein. Die Beschwerden über den Wohnungsgeldausfall der Untertanen müssen endlich Berücksichtigung finden. Zu wünschen ist eine Aufbesserung der Automobilführer, solle ausseher, Gendarmen usw.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (freikons.):

Mir persönlich sind 1100 Petitionen zugegangen, die ich alle durchgearbeitet habe. Wenn ich auf alle diese Wünsche eingehen wollte, könnte ich ein ganzes Semester hindurch ein mehrstündigses Kolleg halten. (Heiterkeit.) Ich will aber heute auf Details nicht eingehen. Erwähnenswert scheint mir der Vorschlag des Dr. Böttger in der "Königlichen Zeitung" gemacht hat, nämlich Beamtenauschüsse von sämtlichen Beamtenfaktoren zu bilden und ihnen die Beratung der Gealtsregelung zu übertragen. Der Grundsatz, daß

sich näher um Essad Paschas Haus zusammenzuziehen. Major Schleus machte sich selbst auf den Weg dorthin, nachdem er Befehl gegeben hatte, bei den ersten Gewehrschüssen das Feuer zu eröffnen. In der Nähe von Essads Haus angetreten, befahl er den dort aufgestellten Leuten, die Waffen niederzulegen. Ein Feuergefecht war die Folge, bei welchem ein Mann getötet und zwei Männer verwundet wurden. Von den darauf abgegebenen sieben Kanonenbeschüssen trafen zwei das Dach von Essads Haus. Dieser erklärte darauf, sich den Italienern ergeben zu wollen. Der italienische Geschäftsträger begab sich darauf zu Essad, der ihn ersuchte, ihn unter Eskorte bewaffneter Matrosen an Bord bringen zu lassen. Dies geschah zu allerleitiger Besiedigung. Nach weiteren Besprechungen und Verhandlungen und einem etwa vierundzwanzigstündigen Aufenthalt an Bord des österreichisch-ungarischen Kreuzers "Sagittarius" äußerte Essad Pascha den Wunsch, nach Italien gebracht zu werden.

Am 19. Mai fand vor demfürstlichen Palast eine Synode undgebung von etwa vierzig sogenannten Nationalisten, die Essad Pascha feindlich gesehen waren, statt. Die Nationalisten durchstreiften weiter die Stadt bewaffnet und mit freien Mienen in der irrtümlichen Meinung, daß Essad Pascha den italienischen Einfluss repräsentiere; sie tadelten die Vertreter Italiens und gaben ihrer Freude über Essads Sturz Ausdruck. Diese Freude aber war von kurzer Dauer, denn zwei Tage später war die Lage gründlich zu ihrem Nachteil verschoben. Heute sind viele unter Essads Feinden in Albanien entmacht und andere, besonders Muselmanen, zu seinen Gunsten gestimmt; aber in Albanien ist das alles herkömmlich, vorübergehend und wandelbar. Die in der vorhergegangenen Nacht auf die vereinbarten Zeichen gelandeten Matrosen blieben an Land, um den Palast und die Gesandtschaften zu schützen und die Nacht verließ ruhig. Am 20. wurde Essad Pascha, nachdem er eine Erklärung, nicht ohne Zustimmung des Fürsten nach Albanien zurückzuhören zu wollen, unterzeichnet hatte, in Begleitung des italienischen Dragomans auf dem italienischen Dampfer "Benghazi" gebracht, der sofort nach Brindisi abging. Am selben Tage ersuchte der Fürst die Minister, im Amt zu bleiben. Am 21. Mai vormittags fand vor dem Palast eine Sozialitätsbezeugung statt von etwa hundert Mann aus Crovo und von etwa hundertundzwanzig Katholischen Maltesern, welche der Fürst aus eigenem Antriebe aus Skutari hatte kommen lassen, und welche sich ihm zum Schutz des Palastes zur Verfügung stellten. Außerdem langten von Skutari der holländische Offizier Kroon mit etwa fünfzig Gardemännern und General de Beer und der holländische Major Thompson aus Valona an. Am 22. gaben die Minister ihre Demission infolge von Maßregeln des Stadtcommandanten Majors Schleus, welche für unverträglich mit ihrer Stellung hielten. Der Fürst aber drang in sie, im Amt zu bleiben. Da Gerüchte geflossen waren, daß die Anwesenheit der katholischen Malteser lebhafte Auseinandersetzung bei den Aufständischen hervergerufen habe, drohte der italienische Gesandte darauf, man möchte keinen Anlaß zur Entfesselung des Religionshasses geben, der die Lage nur noch mehr verschärfen würde, daß man demnach die Malteser sogleich wie möglich entferne. Am Abend marschierten holländische Offiziere mit einer Abteilung Gardemänner und Malteser, zwei Maschinengewehren und einer Kanone nach Kawaja, wo auch ein Aufstand ausgebrochen war.

Am 25. Mai erfuhr man, daß die Expedition in Kawaja mit den Aufständischen zusammenstoßen sei, gegen welche die Malteser nicht kämpfen wollten, da sie, wie sie sagten, nur zum Schutz des Fürsten gekommen seien. Die Malteser fehlten in kleinen Gruppen nach der Stadt zurück. Die Gardemänner und Freiwilligen wurden in kleinen Kämpfen mit den Aufständischen zurückgeschlagen. Vier holländische Offiziere und 30 Gardemänner, sowie 2 Maschinengewehre fielen in die Hände der Aufständischen. Es gab Tote und Verwundete und die Panik wuchs.

Obwohl der Fürst und die Fürstin sich anfangs sträubten, schlossen sie sich doch, wie ihnen geraten wurde, sich mit ihren Kindern und dem Hof auf die "Misurata" einzuschiffen.

Infolge von Verhandlungen des italienischen und des russischen Gesandten, sowie des österreichisch-ungarischen Gesandtschaftsrats und der englischen und französischen Delegierten der Internationalen Kontrollkommission mit den Aufständischen hielt man es für ratsam, daß der Fürst wieder ins Palais zurückkehre. Er begab sich mit der Fürstin dorthin und unterzeichnete einen Geleitbrief, der den Aufständischen gezeigt wurde.

Die Aufständischen erklärten, nur mit der internationalen Kontrollkommission unterhandeln zu wollen, die sie auch mit Achtung aufnahmen und der sie ihre Wünsche, nämlich Rückkehr zur ottomanischen Herrschaft oder Intervention Europas ausdrückten. Den Überredungskünsten des italienischen Dragomans gewang es, sie zur Auslieferung der Gefangenen zu bewegen.

Die Lage bleibt dunkel und die Verhandlungen gestalten sich schwierig, weil die Führer der Aufständischen sich verborgen halten,

und es beinahe unmöglich ist, mit der unwilligen und undisziplinierten Masse zu verhandeln.

Die dargestellten Tatsachen, die daraus sich ergebende Lage und die für die Zukunft möglichen Ereignisse bildeten und bilden zwischen mir und dem Grafen Berthold den Gegenstand lebhaften Meinungsaustausches,

der von dem gegenseitigen Vertrauen und der völligen Loyalität geleitet wird, die stets die feste Grundlage unserer heralichen und intimen Beziehungen gebildet haben und sie auch fernerhin bilden werden.

Das Ergebnis dieses Meinungsaustausches läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die jüngsten Ereignisse können die in der Episodenfrage einmal getroffenen Entscheidungen nicht mehr ändern. Auch hierin sind Italien und Österreich völlig einig. Beide Regierungen werden alle Auseinandersetzungen machen, um eine Intervention der Armee in Albanien zu vermeiden; sie wollen so schnell wie möglich die zur Sicherheit des Fürsten, seiner Familie und der Gesandtschaften in Durazzo gelandeten Abteilung zurückrufen. Beide Regierungen sind, natürlich unter der Voraussetzung, daß die anderen Mächte zustimmen, übereingekommen,

dass eine Abteilung der internationalen Truppen aus Skutari nach Durazzo gesandt werde.

Die italienische Regierung hat in diesem Sinne Schritte bei den anderen Regierungen unternommen und jetzt sie noch fort. Die beiden Regierungen sind sodann einig in dem Wunsche, daß die internationale Kontrollkommission die albanische Regierung wirksam unterstützen.

Der Kauf der Königl. Seehandlungsspinnerei in Landeshut.

Die Firma J. Rinkel, Landeshut in Schlesien, hat, wie die "Neue Preußische Korrespondenz" von maßgebender Seite erfährt, die der Königlichen Seehandlung gehörige Flachgarnmaschinensspinnerei dorthin selbst erworben. Nach erfolgter königlicher Genehmigung soll die Übergabe mit Wirkung vom 1. April des laufenden Jahres ab geschehen. Der Kaufpreis beträgt, wie wir hören, 2 Millionen Mark. Die Spinnerei liegt direkt an der Rinkelschen Fabrik, umfasst ein Areal von ca. 22 Morgen und enthält 8000 Feinspindeln; sie ist über 60 Jahre im Besitz der Seehandlung und wurde Ende des vorigen Jahrhunderts fast gänzlich umgebaut. Ihr Fabrikat erfreut sich, besonders als Material für die Handweb

die preußischen Beamten ebenso gestellt werden sollten wie die Reichsbeamten, ist nicht überall durchgeführt. In vielen Fällen stehen sich aber die Reichsbeamten schlechter. Ich erinnere hier nur an die

Ostmarkenzulage.

Die den Reichsbeamten wieder genommen ist. Den Vorschlag, den Dr. Schaubé gemacht hat, Preußen könnte den Postbeamten die Ostmarkenzulage zahlen, weil diese nur mittelbare Reichsbeamten seien, halte ich nicht für angängig. Wir müssten dahin streben, in den Gehaltsfragen zu einer größeren Übersichtlichkeit und Einfachheit zu kommen. Vielleicht würde es sich empfehlen, allgemein das Ansangsgehalt zu erhöhen und die späteren Zulagen zu verkleinern. Doch ist dies eine so große und umfassende Arbeit, daß sie bald noch nicht erledigt werden kann. Das Eisenbahnpersonal klagt darüber, daß es durch die Neuregelung der Nebengelder geschädigt sei; hier müßte man baldmöglichst den Wünschen der Beamten nachkommen. Aufstellungsbedürftig sind u. a. das gesamte Gefängnispersonal, die Zollausseher, die Automotivführer und -Heizer, die Zollbeamten, die Eisenbahntreträte, die Vermessungsbeamten der Katasterämter, die Nahrungsmittelchemiker, die Eisenbahntechniker und andere.

Abg. Doser (Fortschr. Volksp.):

Notwendig ist eine großzügige Besoldungsreform. Im Reichstage haben sich leider 2 meiner Parteigenossen, Struve und Hubrich, verleiten lassen und mit dem Zentrum gestimmt. Die Einführung einer Krankenversorgung ist notwendig. In einzelnen Bundesstaaten besteht ja schon eine Unterstützungsstiftung, die sich bewährt hat.

Ein Antrag auf Schluss der Besprechung wird angenommen. Die Vorlage wird mit sämtlichen Anträgen der verstärkten Budgetkommission überwiesen.

Das Haus verläßt sich.

Dienstag, den 9. Juni, 3 Uhr: Kleine Vorlagen. — Schlüß

45 Uhr.

Bur Tagesgeschichte.

Das künftige Reichstagspräsidium.

Von maßgebender Zentrumssseite erzählt unser Berliner Vertreter, daß die von der "Täglichen Rundschau" verbreitete Meldung, im Zentrum herrsche Neigung dafür, daß bei der neuen Präsidentenwahl im Reichstage das Zentrum das Präsidium, die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei den ersten und zweiten Vizepräsidenten stellen, durchaus unzutreffend ist. Jemandwelche Anregungen in dieser Richtung sind nicht bekannt geworden, und von der Absicht, die Rechte vom Präsidium auszuschließen, ist beim Zentrum keine Rede. Die Erörterung der ganzen Frage ist bis zum Herbst vertagt.

Nochmals die rote Demonstration im Reichstage.

Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

In unseren letzten Rückblicken haben wir uns auch mit dem skandalösen Verhalten der Sozialdemokratie beim Reichstagschluss beschäftigt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die bürgerlichen Parteien die Aufgabe, dem Kaiser im Hause des Reichstages die gebührende Achtung zu sichern, mit fester Hand in Angriff nehmen werden. Das "Berliner Tageblatt" will in diesem Hinweis eine Kompetenzüberschreitung sehen. Da hat das Blatt sich wohl im Ausdruck vergriffen. Die Presse würde sich mit Recht dagegen verwahren, wollte man ihr die Zuständigkeit zur Erörterung öffentlicher Vorgänge absprechen. Sie macht dabei nur von einem allgemeinen der Presse zustehenden Recht Gebrauch, das auch wir für uns in Anspruch nehmen. So liegen die Dinge nicht, daß die Kritik der Presse vor der Schwelle des Reichstages hält machen oder daß sich ein der Regierung nahestehendes Blatt über parlamentarische Vorgänge Schweigen auferlegen müßte. Oder will man in unserem Hinweis auf das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion beim Kaiserhoch eine Einmischung der Regierung in eine "innere Angelegenheit" der Volksvertretung erblicken? Hierzu wäre zu bemerken, daß die Wirkung einer antimonarchischen Demonstration im Reichstage nicht an den Wänden des Sitzungssaales endigt und nach dem Willen der Urheber da auch nicht endigen sollte. Die Sozialdemokratie arbeitet vor der breitesten Öffentlichkeit, und dort muß ihr auch entgegengetreten werden. Bei der Wahrung des Annehmens unserer monarchischen Institutionen gehören Regierung und Reichstag zusammen. Einen Streit um die Kompetenz sollte es da nicht geben. Im übrigen haben wir gerade die Hoffnung ausgesprochen, daß die bürgerlichen Parteien sich der Sache annehmen würden; ihre Erledigung als "innere Angelegenheit" der Volksvertretung ist ein möglicher, uns willkommener Weg.

Presstimmen zur Kanzlerrede im Herrenhause.

Zu dem gestrigen Auftreten des Ministerpräsidenten im Herrenhause sagt der "Tag":

Die ruhige Sicherheit des Herrn von Bethmann Hollweg und die klare Darlegung seines Programms hat ihren Zweck im Hause nicht verfehlt und dürfte ebenso wie in der Nordmark den moralischen Mut der deutschen Bevölkerung, um mit dem Herzog Ernst Günther zu sprechen, wieder heben.

Die "Tägliche Rundschau" schreibt: Die Worte, auch in Kopenhagen, werde man sich nicht im Umlaufen sein, daß die Belästigung chauvinistischer Regungen die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder fördern müsse, deren auch Dänemark nicht entraten könne, seien ein kalter Wasserstrahl nach Kopenhagen.

Der russische Getreidezoll.

Das russische Gesetz über die Erhebung eines Getreidezolls für Russland hat nunmehr die kaiserliche Bestätigung erhalten.

Deutsches Reich.

** Das Besinden des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz. Der am gestrigen Dienstag ausgegebene Krankheitsbericht über das Besinden des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz lautet: Temperatur abends 40°, morgens 37,1°, Puls 88. Die Venenentzündung ist nicht weiter fortgeschritten. Nahrungsaufnahme und Kräftezustand verhältnismäßig sehr gut. gez. Bier. gez. Schillbach.

** Eine Rede Königs Ludwig. Am Montag vormittag stand in Oberwiesensfeld die erste Parade der gesamten hiesigen Garnison vor König Ludwig statt. Nach der Parade war in der Königlichen Residenz Militärtafel, bei welcher der König in einer Rede ausführte, es sei ihm eine Freude gewesen, Offiziere und Mannschaften heute bei der Parade in vortrefflichem Zustande zu sehen.

Dass die bayerische Armee, führt der König fort, keinem der anderen Kontingente nachstehe, wisse er. Er gehöre ihr ja schon über fünfzig Jahre an und habe Gelegenheit gehabt, bei dem idealen Wettkampf in den verschiedenen Manövern sich davon zu überzeugen. Wenn jede Armee, wenn jedes der fünfundzwanzig deutschen Armeekorps bestrebt sei, das Beste zu sein, dann habe Deutschland nichts zu fürchten. Der König fuhr fort: Sie wissen, daß ich ein großer Friedensfreund bin, und ich hoffe, der Friede wird uns auch noch lange erhalten bleiben. Aber die Aufgabe der Armee ist: Sie muß sich zum Kriege vorbereiten. Die Armee und selbstverständlich ich als ihr oberster Kriegsherr fürchten den Krieg nicht, und sollte die bayerische Armee noch einmal unter dem Oberbefehl des obersten Kriegsfeldherrn, Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen, in den Krieg ziehen, dann wünsche ich ihr neue Vorberen und Erfolge, getreu ihrer uralten Geschichte.

Der König widmete sein Glas seiner Armee.

** Bundesratsitzung. In der gestrigen Sitzung des Bundesrates wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen: der Zusatzvertrag zu dem Vertrag mit den Niederlanden über Unfallversicherung und die Vorlage betreffend Versetzung von Driehaus in eine andere Ortsklasse des Wohnungsgeldzuschlags. Den vom Reichstag angenommenen Entwürfen eines Gesetzes zur Änderung der §§ 74, 75 und des § 76 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches, eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse sowie eines Gesetzes, betreffend Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige wurde zugestimmt. Das Zusatzprotokoll zur revidierten Verner-Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst wurde angenommen.

* Jabelfeier der Gardejäger. Der Beginn der Jubelfeier der Gardejäger in Berlin wurde gestern durch Regen zwar beeinträchtigt. Ungeachtet dessen stellten die jungen Jäger bei den vorgeführten Probeübungen ihren Mann und machten dem Rufe Ehre, den die Gardejäger unter den militärischen Sportvereinigungen genießen.

* Dr. Ludwig und der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Der Reichsverband hat durch Beschluß seines Vorstandes vom 26. Mai seine Beziehungen zu den durch die Preßerörterungen über den Titelschacher bekannt gewordenen Dr. Ludwig gelöst.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 27. Mai.

Tödlicher Unfall eines Schulknaben.

Vor dem Hause Wasserstraße 25 trug sich gestern mittag ein gräßlicher Unfall zu, der den Tod eines Schulknaben im Gefolge hatte. Mehrere aus der Schule kommende Knaben benutzten bei ihrer Heimkehr den Durchgang des genannten Hauses und jagten im Spiel hinter einander her. Hierbei prallte der 11jährige Arbeitersohn Symowial, dessen Eltern Judenstraße 26 wohnen, so heftig gegen eine am Hauseingange stehende Dame, daß er auf die Straßenbahnlinie stürzte. In demselben Augenblick kam ein Straßenbahnwagen angesobben, und da der Wagenführer auf die kurze Entfernung nicht mehr bremsen konnte, wurde der Knabe vom Straßenbahnwagen erfaßt und entsetzlich zugerichtet. Ein Bein wurde ihm glatt abgefahren, das andere wurde gleichfalls schwer verletzt, ebenso trug der bedauernswerte Knabe eine schwere Verletzung des Unterleibes davon. Der Knabe wurde sofort in das Stadtkrankenhaus übergeführt, in dem er bereits gegen 6 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Nach Lage der Sache ist dem Straßenbahnwagenführer ein Verschulden an dem tragischen Vorfall kaum beizumessen. Das Unglück ist vielmehr auf eine Verleitung verschiedener Umstände zurückzuführen, für die kaum jemand direkt als haftbar anzusprechen ist. Das Publikum nahm allerdings gegen den Wagenführer Partei, so daß es erst der Vermittlung eines Schuhmanns bedurfte, um ihn vor eventuellen Tätschleitkeiten zu schützen.

Leichenfeier für die verunglückten Fliegeroffiziere Voeder und Bernhard.

Zu einer ergreifenden Kundgebung gestaltete sich, wie uns unter gestrigen Tage aus Osnabrück gemeldet wird, die Übersetzung der Leichen der beiden verunglückten Fliegeroffiziere, Leutnants Voeder und Bernhard zur Heimat, nach Halle a. S. und Breslau. Superintendent Weidner rief dem jäh aus dem Leben Geschiedenen warme Worte des Abschieds nach, ebenso der Kommandeur der 19. Division, Generalleutnant Hömann.

X Erledigte Obersförsterstelle. Die Obersförsterstelle Dr. Rygallen im Regierungsbezirk Allenstein ist zum 1. August 1914 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. Juni eingehen.

X Erledigte Rentmeisterstelle. Die Rentmeisterstelle bei der Königlichen Kreisstadt in Guben, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zu besetzen.

X Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh + 0,12 Meter, gegen 0,16 Meter gestern früh.

K. Strelno, 26. Mai. Ein Schadenseuer zerstörte in der vergangenen Nacht die Scheune und den Stall des Besitzers Franz Adamczak in Bhow. Mitverbrannt ist Inventar usw. Der durch Versicherung nicht gedeckte Schaden beträgt rd. 1300 Mark.

— Der Stellmacher Adalbert Perekwas in Lachmirowitz brach, als er Holz aus einem Schuppen heraus schaffte das linke Schlüsselbein.

□ Stettin, 26. Mai. In der vergangenen Nacht haben Einbrecher aus der Chamottefabrik in Scholwin einen mehrere Zentner schweren Geldschrank geraubt und sind damit spurlos verschwunden.

□ Karthaus, 26. Mai. In Mischkowitz wurden zwei Frauen vom Blitz erschlagen. Sie hatten sich des Regens wegen unter einen Birnbaum gestellt.

Groß- und Landwirtschaft.

= Das Erlöschen der Maul- und Klauenseuche ist gemeldet vom Schlachthof zu München am 25. d. Mts.

Die Festnahme Clément-Bayards.

Wie immer in Fällen internationaler Schwierigkeiten bei Verhaftungen, lauten die deutschen und französischen Meldungen über die Festnahme und Behandlung des französischen Flugzeugbauers Clément-Bayard und seiner Begleiter durch die Kölner Polizei durchaus verschieden. Die Kölner Behörde

bezeichnet alle in der französischen Presse erschienenen Mitteilungen glattweg als unwahr und übertrieben. Die Verhaftung Clément-Bayards in Köln erfolgte, nachdem von anderen Städten aus die Behörde auf die Fremden aufmerksam gemacht worden war, durch Geheimpolizisten, die Nähe der Kölner Luftschiffhalle aufgestellt genommen hatten. Gegenwärtig steht noch eine Untersuchung, die sehr eingehend geführt wird. Jedemal kann soviel gesagt werden, daß Clément-Bayard durch sein eigenmächtiges Vorgehen sich sehr verdächtig gemacht und eher von großer Rücksichtnahme als von unangebrachter Strenge der Kölner Behörde reden kann.

Der "Kölner Tag." lädt der Kölner Polizeipräsident mit bezug auf die Angaben, welche der Fabrikant Clément Bayard dem "Tempo" und "Matin" mache, Mitteilungen zugeben, in denen es u. a. heißt:

Bayard und sein Begleiter verfolgten bei ihrer Reise nach Deutschland den Zweck, die in Mittel- und Westdeutschland liegenden Luftschiffhallen so eingehend wie möglich zu besichtigen. In Hamburg wurden sie von der Polizei beobachtet und ihre Festnahme wurde dort bereits in Aussicht genommen. Im Einvernehmen mit der Hamburger Polizeibehörde wurden sie dann in Köln bei dem Versuch, auch die hiesige Luftschiffhalle zu besichtigen, polizeilich festgenommen. Bei ihrer Vernehmung haben sie sich dann in Widerruf verhakt und den gegen sie bestehenden dringenden Verdacht der Spionage nicht zu entkräften vermocht. Dass Personen, bei denen ein derartig schwerer Verdacht besteht, nach ihrer Festnahme getrennt und nötigenfalls in Zellen untergebracht werden müssen, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist behutsame Ermittelung weiterer Überführungsstücke die Durchsuchung ihres Gepäcks. Im übrigen sind Bayard und sein Begleiter von den Polizeibeamten höflich und mit jeder nur möglichen Rücksicht behandelt worden. Nach Abschluß der polizeilichen Verhandlungen sind die festgenommenen Personen dem zuständigen Richter unverzüglich vorgeführt worden. Dieser ist der Ansicht, daß die polizeiliche Festnahme den Umständen nach berechtigt war. Die Freilassung der Beschuldigten hat er nur deswegen verfügt, weil ihm das vorliegende Material für einen Haftbefehl nicht ausreichend erscheint. Nach alledem kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das Vorgehen der Polizeibehörde formell und tatsächlich vollkommen berechtigt war, und daß die von Clément Bayard erhobenen Anschuldigungen unverdutzt sind.

Telegramme.

Der Dieb der "Mona Lisa".

Rom, 26. Mai. Der Dieb der Gioconda soll geisteskrank sein. Voraussichtlich werde, wie es heißt, der Prozeß gegen ihn nicht zur Verhandlung kommen.

Große Reservistenüberfahrungen in Russland.

Petersburg, 26. Mai. Durch einen heute veröffentlichten kaiserlichen Befehl wurden die Reservisten der Infanterie, der Artillerie und der Garde-Truppen der Dienstjahre 1907/09 in allen Gouvernements des europäischen und asiatischen Russlands zu Übungen einberufen. Ausgenommen ist der Militärbezirk von Kasan, wo nur die Reservisten des Dienstjahrs 1907 einberufen werden. Die Dauer der Übungen in sämtlichen Militärbezirken wird sechs Wochen sein. Sie werden hauptsächlich im Herbst nach Beendigung der Erntearbeiten stattfinden.

Italien und Abessinien.

Paris, 27. Mai. (Private Telegramm.) Über die zwischen Abessinien und Italien in letzter Zeit eingetretene Spannung meldet der "New York Herald", daß Italien tatsächlich große Teile des abessinischen Gebietes besiegt habe. Durch den Befehl eines abessinischen Offiziers sei es den Italienern möglich geworden, die Buden der Grenzbefestigungen auszunutzen. Er erhielt eine hohe Belohnung. Abessinien verlangt nun die sofortige Auslieferung des Offiziers, den die Italiener verborgen halten, sowie die Räumung ihres besetzten Gebietes.

Stürme an der französischen Südküste.

Paris, 27. Mai. Durch den in den letzten Tagen an der Küste von Toulon herrschenden Sturm wurden 10 Fischerboote an die Felsen gescheuert, wo sie versunken.

Paris, 27. Mai. (Private Telegramm.) Ein heftiger Nordweststurm, begleitet von Schneefällen und Regengüssen, herrschte gestern nachmittag in ganz Südrhön, besonders an der Küste des Mittelmeeres. Bei Marignane sank ein Fischdampfer, drei Mann der Besatzung ertranken. Mehr als fünfzig Fischerboote sind an der Küste gesunken und Menschenleben verloren zu beklagen. Die Temperatur sank sehr tief, und man fürchtet für die Ernte, da die höher gelegenen Gebiete unter Schnee liegen.

Die Malissoiren.

Skutari, 26. Mai. Die Malissoiren, welche kürzlich zum Schutz des Fürsten nach Durazzo abgegangen waren, sind heute auf einem österreichischen Kreuzer nach Skutari zurückgekehrt.

Premisch-Süddutsche Klassenlotterie.

Berlin, 26. Mai. Durch den in den letzten Tagen an der Küste von Toulon herrschenden Sturm wurden 10 Fischerboote an die Felsen gescheuert, wo sie versunken.

Rachmittagsziehung.
Es fielen:
60 000 Mark auf Nr. 153 767.
5 000 Mark auf Nr. 92 492.
3 000 Mark auf Nr. 4038 4789 49 360 49 881 82 512 88 198
89 493 94 024 105 548 106 198 108 816 116 432 117 950 120 778
123 198 137 280 146 564 154 468 164 308 164 509 165 479 167 362
172 647 179 273 182 531 183 296 189 074 190 248 203 841 209 810
217 498. (Ohne Gewähr.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Hamburg, 26. Mai, abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produktbasis 88 Prozent Rendement neue Ullance, frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Mai 9,65, für Juni 9,70, für Juli 9,75, für August 9,85, für Oktober - Dezember 9,75, für Januar-März 9,95. Ruhiger.

Paris, 26. Mai. (Schluß.) Rohzucker steigt, 88%, neu Kondition 31 1/4 zu 30 1/2. Weißer Zucker ruhig. Nr. 3 für 100 Kilogr. für Mai 34, für Juni 34 1/2, für Juli-August 34 1/2, für Oktober 32 1/2.

Berlin, 27. Mai. Wetter: Regnerisch. New York, 26. Mai. Tendenz: schwach. Canadian Pacific-Aktien 195 1/2, Baltimore u. Ohio 91 1/2, United States Steel Corporation 62 7/8. New York, 26. Mai. Weizen für Mai 106,00, für Juli 96 1/2, für September 93 1/2.

Hamburg, 26. Mai, nachmittags 2 Uhr. Getreidemarkt. Weizen fest, Mecklenburg, und Oldholz

fest. Mecklenburger u. Ultm. neuer 176—178. russ. cii. 9 Bud 10/15 Mai-Juni 122,50—124. Gerste matt jüdruss. cii. Mai 114,75. Hafer stetig, neuer Holst. u. Mecklenbg. 167—170. Mais matt Amerik. mixed cii. für Mai-Juni —. La Plata cii. für Mai-Juni 110,00. Rübs. rübig. loto 52,50. für Juli-August 54,50. — Wetter: Bewölkt, regendrohend.

Hamburg. 26. Mai. nachm. 2,30 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für Mai 47,25 Gd. für September 48,75 Gd., für Dezember 49,50 Gd. für März 50,25 Gd. Stetig.

Hamburg. 26. Mai. abends 6 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für Mai 47,75 Gd. für September 49,00 Gd., für Dezember 49,75 Gd. für März 50,25 Gd. Stetig.

Dosen-Pest. 26. Mai. vorm. 11 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest. für Mai 14,14. für Oktober 12,86. Roggen für Oktober 9,79. Hafer für Oktober 8,26. Mais für Mai 7,71. für Juli 7,89. für August 8,04. Kohlraps für August 15,70. — Wetter: Schön und warm.

Antwerpen. 26. Mai. Petroleum. Nassiniertes Type weiß. loto 22,50 Gd. Br. do. für Mai 22,50 Br. für Juni 22,75 Br. für Juli-August 22,75 Br. Ruhig.

Schmalz für Mai 125,00.

Antwerpen. 26. Mai. (Schluß.) (Getreidemarkt.) Weizen stetig, für Mai —. für Juli 20,05. für September 19,37. Gerste für Mai —. für September 14,30. für Dezember 14,27.

Amsterdam. 26. Mai. Kava-Kaffee good ordinary 40,50.

Amsterdam. 26. Mai. Vanfazin 93,50.

London. 26. Mai. (Schluß.) Standard-Kupfer ruhig. 63 $\frac{1}{4}$.

drei Monate 63,75.

Glasgow. 26. Mai. (Schluß.) Roheisen Middlesborough warrants stetig. 51,01 $\frac{1}{2}$.

Liverpool. 26. Mai. nachm. 4,10 Uhr. Baumwolle. Umsatz 6,000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen.

Tendenz: Ruhig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Mai-Juni 7,28. Juni-Juli 7,11. Juli-August 7,10. August-September 6,96. September-Oktober 6,76. Oktober-November 6,67. November-Dezember 6,60. Dezember-Januar 6,58. Januar-Februar 6,58. Februar-März 6,58.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau. 26. Mai. (Schluß-Kurie.) 3 $\frac{1}{2}$ Prozent. Schlesische Pfandbriefe Lit. A. 87,55. 4 prozent. Poln. Pfandbriefe (4 prozent. Couponheuer) 80,00. Bresl. Diskontobank-Akt. —. Schles. Bank-Aktien 151,40. Archimedes-Aktien 124,00. Bresl. Sprit-Akt.-Ges.-Akt. 437,00. Cellulose-Fabrik Feldmühle-Aktien 153,00. Donnersmarchhütte-Aktien 361,00. Eisenhütte Silesia Akt.-Ges.-Aktien 114,50. Hohenlohe-Werke Akt.-Ges.-Akt. 105,00. Kattowitzer Bergbau-Aktien 211,00. Königs- und Laurahütte-Aktien 143,50. Niederschles. Elektro- und Kleinbahnen-Aktien 153,50. Oberschles. Eisenbahnbetrag-Akt. 82,50. Oberholz. Eisenindustrie-Aktien 67,25. Oberschles. Chem. Fabr.-Aktien 214,50. Oberschles. Portland-Cement-Akt. 154,50. Oppelner Cement (Grundmann) Akt. 182,00. Portland-Cement (Giesel) Akt. 152,90. Schles. Elektro- und Gas Lit. A. Akt. 182,00. Schles. Elektro- u. Gas Lit. B. Akt. 179,00. Schles. Leinenindustrie Krautjäger Akt. 105,00. Schles. Cement (Großschwitz) Akt. 157,50. Schles. Zinkhütten-Aktien 340,00. Silesia Verein. Chem. Fabr.-Aktien 169,75. Verein Freiburger Uhrenfabriken 117,50. Sudmer Zuckerfabrik-Aktien 148,00. Russische Banknoten 215,50. Schwach.

Frankfurt a. M. 26. Mai. nachm. 2 Uhr 30 Min. 3 Prozent. Reichsanleihe 77,30. 3 Prozent. Hessische Staatsrente 74,80. 4 Prozent. Österr. Goldrente 85,00. 4 Prozent. Österr. einh. Rente lomb. in Kronen 81,40. 3 Prozent. Port. unif. Anl. 3. Serie —. 3 Prozent. Rumänier amort. Akt. 03, 100,20. 4 Prozent. Russ. lomb. Anl. von 1880 86,30. 4 Prozent. Russ. Anl. 02 89,40. 4 Prozent. Serbische amort. Rente 95 79,00. 4 Prozent. Türk. lomb. unif. Anl. 03 —. Türk. 400-Francs-Voie ult. 166,00. 4 Prozent. Goldr. 81,10. 4 Prozent. Ung. Staatsrente in Kronen 80,30. 5 Prozent. Wiss. äußere Anl. —. Berl. Handelsge. ult. 151,25. Darmstädter Bank ult. 116,25. Deutsche Bank ult. 239,50. Diskonto-Kommandit ult. 187,25. Dresd. Bank ult. 149,20. Mitteld. Kreditbank 111,00. Nationalb. f. Deutschland 110,00. Österr. Kredit ult. 191,25. Reichsb.

Deutsche Anleihen.

Reichs. p. 1. 8. 14 4 100,10 G. Schles. p. 1. 4. 15 4 100,30 G. Pr. Schles. p. 1. 4. 15 4 100,30 G. p. 1. 5. 16 4 100,10 G. Deutsche Reichsanl. 3 $\frac{1}{2}$ 86,70 G. 3 77,40 G. 4 98,90 G. 4 97,30 G. Pr. konf. St.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ 86,75 G. 3 77,40 B. 4 98,90 G. 4 97,30 G. Bad. Staats-Anl. 4 98,30 G. Bavar. Staats-Anl. 4 84,75 G. Bremer Anleihe 3 $\frac{1}{2}$ 97,50 G. Dt. Pfdsbr.-A. Pos. 4 96,80 G. Heff. St.-Anl. 99 4 97,00 G. Hamb. Staats-Anl. 3 $\frac{1}{2}$ — amort. 1900 4 — Lübecker Anleihe 3 $\frac{1}{2}$ 97,50 G. Berl. Staats-Döbl. 3 $\frac{1}{2}$ 93,75 G. Ostpr. Br.-Döbl. 8—9 4 93,75 G. Posen Provinz-Anl. 4 93,75 G. 3 $\frac{1}{2}$ 83,30 G. 3 $\frac{1}{2}$ 84,75 G. 3 $\frac{1}{2}$ 96,50 G. 3 $\frac{1}{2}$ 94,50 G. 3 $\frac{1}{2}$ 91,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 91,00 G. 3 $\frac{1}{2}$ 83,90 G. 3 $\frac{1}{2}$ 85,75 G. 3 $\frac{1}{2}$ 87,40 G. 3 $\frac{1}{2}$ 88,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 89,30 G. 3 $\frac{1}{2}$ 90,50 G. 3 $\frac{1}{2}$ 91,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 91,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 92,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 92,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 93,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 93,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 94,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 94,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 95,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 95,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 96,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 96,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 97,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 97,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 98,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 98,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 99,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 99,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 100,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 100,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 101,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 101,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 102,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 102,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 103,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 103,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 104,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 104,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 105,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 105,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 106,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 106,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 107,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 107,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 108,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 108,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 109,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 109,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 110,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 110,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 111,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 111,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 112,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 112,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 113,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 113,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 114,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 114,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 115,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 115,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 116,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 116,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 117,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 117,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 118,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 118,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 119,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 119,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 120,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 120,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 121,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 121,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 122,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 122,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 123,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 123,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 124,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 124,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 125,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 125,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 126,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 126,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 127,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 127,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 128,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 128,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 129,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 129,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 130,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 130,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 131,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 131,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 132,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 132,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 133,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 133,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 134,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 134,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 135,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 135,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 136,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 136,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 137,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 137,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 138,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 138,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 139,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 139,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 140,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 140,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 141,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 141,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 142,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 142,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 143,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 143,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 144,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 144,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 145,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 145,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 146,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 146,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 147,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 147,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 148,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 148,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 149,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 149,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 150,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 150,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 151,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 151,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 152,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 152,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 153,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 153,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 154,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 154,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 155,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 155,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 156,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 156,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 157,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 157,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 158,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 158,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 159,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 159,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 160,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 160,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 161,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 161,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 162,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 162,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 163,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 163,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 164,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 164,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 165,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 165,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 166,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 166,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 167,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 167,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 168,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 168,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 169,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 169,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 170,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 170,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 171,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 171,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 172,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 172,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 173,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 173,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 174,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 174,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 175,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 175,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 176,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 176,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 177,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 177,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 178,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 178,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 179,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 179,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 180,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 180,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 181,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 181,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 182,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 182,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 183,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 183,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 184,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 184,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 185,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 185,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 186,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 186,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 187,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 187,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 188,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 188,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 189,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 189,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 190,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 190,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 191,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 191,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 192,20 G. 3 $\frac{1}{2}$ 192,70 G. 3 $\frac{1}{2}$ 193,20 G. 3 $\frac{1}{$